

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Telegraphischer Sonderdienst der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Ein Staatsstreich Enver Beys. Rücktritt des Kabinetts.

Konstantinopel, 23. Januar. Um 1/4 Uhr Nachmittags drang Enver Bey mit 300 Mann in die Pforte ein und verlangte den Rücktritt des Kabinetts. Wie das „Reuter'sche Bureau“ meldet, ist das Kabinett zurückgetreten. Ramud Schefet Pascha wird Großwesir. Talaat Bey übernimmt das Ministerium des Innern. Talaat erklärte, er wolle die nationale Ehre retten oder untergehen und Adrianopel unbedingt behalten.

Die ausführlichen Meldungen erweitern diese Darstellung wie folgt:

Konstantinopel, 23. Januar. Gegen 3 1/2 Uhr Nachmittags veranstaltete Enver Bey und der gewesene Deputierte Rittmeister Dschami Bey an der Spitze von 300 Soldaten eine lärmende Demonstration vor der Pforte. Die Demonstranten drangen während des Ministerrats in den Vorhof der Pforte ein und brachen in regierungsfreundliche Rufe aus, weil die Regierung Adrianopel preisgibt und sogar gegenüber Montenegro nachgeben müsse. Sie verlangten den Rücktritt des Kabinetts. Der Großwesir begab sich hierauf in das Palais.

Konstantinopel, 23. Januar. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Infolge der Aushebung Enver Beys ist das Kabinett zurückgetreten. Ramud Schefet Pascha wurde zum Großwesir, Talaat Bey zum einflussreichen Minister des Innern, İzzet Pascha zum Kriegsminister ernannt. Talaat Bey erklärte dem Vertreter des „Reuter'schen Bureaus“: Diese Bewegung bedeutet, daß wir die nationale Ehre retten, aber bei dem Versuche untergehen werden. Wir wollen keine Fortsetzung des Krieges, aber wir sind entschlossen, Adrianopel zu behalten. Das ist unerlässliche Bedingung.

Konstantinopel, 23. Januar. Ein Reskript des Sultans, wodurch Ramud Schefet Pascha zum Großwesir ernannt und mit der Reorganisation des Kabinetts beauftragt wird, wurde Abends 8 1/2 Uhr vor einer dichten Menschenmenge auf der Terrasse vor der Pforte verlesen.

Die folgenden Meldungen haben angeichts dieser Ereignisse nur noch einen historischen Wert.

Die Antwort der Pforte und die Friedenskonferenz.

Konstantinopel, 23. Januar. Die Antwort der Pforte, wird morgen Nachmittag dem Botschafter Markgrafen Gallaviccini in der österreichischen Botschaft persönlich überreicht und den übrigen Großmächten telegraphisch übermittelt werden.

Konstantinopel, 23. Januar. Die türkischen Morgenblätter zeigen tiefe Resignation. Der „Sabah“ erklärt, die Türken müßten es künftighin mit Adrianopel halten, wie die Franzosen mit Elsass-Lothringen, „immer daran denken, nie davon sprechen“. Die Nation brauche den Mut nicht zu verlieren. Man müsse im Auge behalten, wodurch das heutige Unglück herbeigeführt worden sei, und die Zukunft vorbereiten.

London, 23. Januar. Das „Reuter'sche Bureau“ erzählt: Sir Edward Grey wird wahrscheinlich zum Montag eine Sitzung der Friedenskonferenz zusammenberufen, um die Entschlüsse der Türkei in das Protokoll zu bringen, ohne jedoch die osmanischen Delegierten zu einer formellen Verlesung zu verpflichten. Die Holland-Delegierten erlaubten gerne an, daß die türkische Antwort die Befürchtungen einer Fortsetzung des Krieges zerstreue und die Rückkehr eines großen Teiles der Truppen aus dem Felde ermöglicht werde. Inzwischen bleiben noch viele ungelöste Fragen zu lösen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird nicht vor Ablauf eines Monats erwartet.

Paris, 23. Januar. Hier zeigt man sich der Absicht Sir Edward Greys, alle Botschafter und alle Friedensdelegierten in der nächsten Woche zu einer gemeinsamen Sitzung zu laden, durchaus geneigt, weil sämtliche Regierungen hierdurch genötigt werden, sich über die schwebenden Fragen bis dahin schlüssig zu werden und der Friede dann bis zum 31. d. Mis. veritorisch geschlossen werden könnte.

Rußlands Haltung.

Frankfurt a. M., 23. Januar. Der „Frankf. Bg.“ wird aus Petersburg gemeldet: Die russische gutunterrichtete Kreise behaupten auf das Bestimmteste, der russische Botschafter von Giers habe die Pforte nicht erklärt, daß Rußland die Neutralität nicht aufrechterhalten werde, sondern er hätte nur auf die schwierige Lage aufmerksam gemacht, in welcher die russische Regierung durch den Wiederbeginn des Krieges versetzt würde.

Paris, 23. Januar. Das „Journal“ läßt sich aus Wien melden, daß in dortigen politischen Kreisen eine Nachricht von großer Wichtigkeit kolportiert werde. Es soll nämlich zwischen Rußland und Oesterreich eine völlige Einigung über die albanische Frage erzielt worden sein, und zwar durch die Vermittlung der deutschen Regierung.

Notizen.

London, 23. Januar. Die Nationalversammlung auf Samos verlangte in einer Adresse an Sir Edward Grey und an die Botschafterkonferenz die Vereinigung der Inseln mit Griechenland.

Saloniki, 23. Jan. Der Kronprinz von Serbien ist hier eingetroffen und wurde vom König der Hellenen zur Tafel geladen. Heute noch reist er nach Monastir weiter, wo er, wie verlautet, einen Tag bleiben wird, um dann über Saloniki nach Belgrad zurückzukehren.

Suez, 23. Januar. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Der türkische Kreuzer „Samidje“, aus dem Suezkanal kommend, suchte um die Erlaubnis nach, im Hafen Suez zu verweilen, bis eine Maschinenschadensreparatur ausgeführt sei. Es wurde ihm gestattet, bis Sonntag hierzulassen.

Kleinarbeit im Etat des Innern.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.)
So. Berlin, 23. Januar.

Der Reichstag ist sich endlich wieder seiner Aufgabe, die Etatsberatung etwas schleuniger als bisher zu fördern, bewußt geworden. Auch die Furcht vor den angedrohten Abendjüngungen mag mit dazu beigetragen haben, daß heute viel, aber relativ kurz gesprochen wurde. Bei dem Kapitel Unterstützung von Familien der Reservisten lag eine sozialdemokratische Resolution vor, die Unterstützungssätze allgemein zu erhöhen. Wie der Sozialdemokrat, so trat auch der volksparteiliche Redner, Abg. Koch, lebhaft dafür ein, der Entschädigung nicht den ortsüblichen, sondern den wirklichen Tagelohn zugrunde zu legen, und Abg. Koch empfahl sogar, in den Etat direkt eine Million Mark mehr einzustellen. Dafür könnten die Entschädigungen auf Einkommen bis unter 3000 Mark beschränkt werden. Abg. Erzberger und der Nationalliberale Schulenburg waren allerdings für die Beibehaltung des ortsüblichen Tagelohnes. Die allgemein gehaltene Resolution wurde aber fast einstimmig angenommen.

Die weitere Debatte handelte von der Hebung der Baumwollkultur, der Förderung des Gemüße- und Obstbaues, der Maul- und Klauenseuche und ähnlichen nützlichen Dingen. Der Staatssekretär behauptete, den dankenswerten Anregungen, die aus dem Hause geäußert seien, aus formalen Gründen widerprechen zu müssen. Die Förderung des Obstbaues und der Viehzucht könne nicht Sache des Reiches, sondern nur der Bundesstaaten und der landwirtschaftlichen Organisationen sein. In der Debatte hatte unter anderem auch der Abg. Dr. Wendorff (Fortschr. Vpt.) lebhaft den Import englischen Zuchtviehs nach Deutschland befürwortet.

Die Beihilfe für den Verband deutscher Arbeitsnachweise soll nach einem Antrag des Grafen Posadowsky im nächsten Etat erhöht werden. Die Resolution wurde, nachdem auch der fortschrittliche Professor Doormann sie unterstützt hatte, angenommen.

Bei der Reichsschule wiederholten sich dann die großen Debatten aus dem Vorjahre, durch die sozialdemokratische Forderung auf Einrichtung eines selbständigen Reichsschulamts hervorgerufen.

In einer großangelegten, ausgezeichneten Rede trat auch diesmal wieder der Abg. Kerschstein für das Reichsschulamt ein, das allerdings nicht eine Uniform für unser Schulwesen werden dürfe, vor allen Dingen aber für ein Reichsschulgesetz, ein Reichsschulmuseum, ein Reichsschularchiv, eine Reichsschulbibliothek und endlich für die Erweiterung des Einjährig-Freiwilligen-Rechtes eintrete.

Um 6 1/2 Uhr vertagte sich das Haus in der Absicht, um 8 Uhr eine Abendjüngung abzuhalten. Gleich nach dieser Aufnahme der Sitzung aber, schon nach dem ersten Redner, beantragte das Zentrum Vertagung und bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Grund war, daß das Zentrum einen Bierabend angelegt hatte. Aus diesem Grunde mußte denn auch die Sitzung abgebrochen werden.

Sitzung des Reichstages vom 23. Januar.

Der Reichstag nahm die Resolution betreffend den Arbeiterurlaub in Glasfabriken und Ziegelmägen und bezw. die Denkschrift über die wirtschaftlichen, gesundheitlichen, sittlichen und sozialen Wirkungen der Arbeiterversicherung an und setzte dann die Beratung des Etats des Innern bei.

„Unterstützung der Familien der einberufenen Reservisten“

Zu der sozialdemokratischen Resolution auf Erhöhung der Unterstützungssätze von 3900 000 Mark erklärt Direktor Dethlefs: Eine Erhöhung wünschen auch wir, aber die finanzielle Tragweite ist erheblich, besonders angesichts der steigenden Löhne und Vermehrung der Friedenspräsenz.

Abg. Erzberger (Fortschr. Vpt.) stimmt der Resolution zu. Wir erwarten eine Beihilfe, um diese Mittel aufzubringen.

Abg. Koch (Fortschr. Vpt.): Der entgangene wirkliche Arbeitsverdienst muß ersetzt werden.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.): Eine völlige Entschädigung ist ein ungangbarer Weg. Der ortsübliche Tagelohn muß zugrunde gelegt werden.

Abg. Traub (Soz.): Bei der Heeresvermehrung sollte gespart werden.

Abg. v. Schulenburg (natl.): Die Zuerkennung der Beihilfen muß liberal erfolgen. Die Veteranenbeihilfen sind aufzubessern.

Nach weiteren Bemerkungen wurde die Resolution angenommen. Bei Titel 18 wünscht

Abg. Thüne (Soz.) Erhöhung des Beitrags zur Schiffbauversicherung der Berra.

Unterstaatssekretär Richter bezeichnet 80 000 Mark als ausreichend.

Abg. Krähig (Soz.): Wir streben eine Verkürzung der Arbeitszeit in den Zuteilnehmerbetrieben an.

Der Titel wird bewilligt.

„Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse n. s. w.“

Abg. Hösch (natl.) um Erhöhung der Unterstützung der deutschen Gesellschaft für Züchtungslunde.

Abg. Wallendorf (Fortschr. Vpt.) wünscht die Förderung der pomologischen Vereine.

Staatssekretär Delbrück: Wir sind gerne bereit, alle Institutionen, die sich mit der Hebung der Landwirtschaft befassen, zu fördern. Wir werden auch die Pomologenvereine fördern.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.) bittet, neben dem Obstbau auch dem Gemüsebau größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Staatssekretär Delbrück: Mit großen Reichsmitteln können wir auf diesen Gebieten und der Viehzucht nicht eingreifen. Nach hinsichtlich der Maul- und Klauenseuche laden wir, was wir konnten. Wir sind gern bereit, wenn möglich, die Beihilfen für die Gesellschaft für Tierzucht zu erhöhen.

Der Titel wird bewilligt.

„Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsnachweise“

liegt eine von allen bürgerlichen Parteien eingebrachte Resolution vor, den Betrag im nächstjährigen Etat angemessen zu erhöhen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zu Kapitel „Reichskommissariat“ liegt bei Titel

„Reichsschulkommission“

eine Resolution der Sozialdemokraten vor, dieses Institut in ein selbständiges Reichsamt für Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reiches umzuwandeln.

Abg. Schulz (Soz.) begründet die Resolution.

Abg. Ruchhoff (Fortschr. Vpt.): Wir meinen, daß die Sozialdemokraten mit

dem Reichsschulamt den ersten Schritt zu dem Reichsschulgesetz tun wollen.

Abg. Kerschstein (Fortschr. Vpt.): Wir betrachten ein einheitliches Reichsschulgesetz für eine große Gefahr. Eine Uniformierung des Schulwesens wollen wir nicht. Wir sind aber für eine weitere Ausbildung der Kompetenzen der Reichsschulkommission. Wir stimmen für die Resolution nur insoweit, als das Reichsschulamt keine gesetzliche Befugnis erhält.

Darauf wird die Verhandlung abgebrochen. Nächste Sitzung: Heute Abend 8 Uhr: Weiterberatung.

Schluss: 6 18 Uhr.

Abendjüngung.

Vizepräsident Paasche eröffnet die Sitzung um 8 Uhr. Die Debatte wird fortgesetzt.

Abg. Jäns (Fortschr. Vpt.) erklärt, daß er der sozialdemokratischen Resolution nicht zustimmen könne.

Abg. Gröber (Fortschr. Vpt.) zur Geschäftsordnung, beantragt Vertagung und bezweifelt zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Paasche: Unter diesen Umständen muß ich die Vertagung auf Freitag 1 Uhr pünktlich vertagen.

Schluss: 8 1/2 Uhr.

Der dritte Tag des Landwirtschaftsetats.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.)
So. Berlin, 23. Januar.

Vor gähnend leerem Hause wurde heute endlich die allgemeine Besprechung des Landwirtschaftsetats zu Ende geführt. Nur ein Nationalliberaler und ein Freikonservativer ergriffen noch das Wort, um gegen eine weitere Öffnung der Grenzen für ausländisches Fleisch und eine Aufhebung der Futtermittelzölle zu sprechen. Zwischen beiden Reden wurde außerhalb der Tagesordnung ein schleuniger Antrag des Zentrumsgewordnen Ueberberg verhandelt, gegen den morgen Termin wegen Meinungsstimmens ansetzen soll und der deshalb selber die erforderliche Genehmigung des Hauses zu seiner Straferfolgung nachsucht. Angesichts der Dringlichkeit des Falles wurde sie ihm auch vorbehaltlos zugestanden. Man verzichtete sogar auf die übliche Ueberweisung an die Geschäftsordnungscommission.

In der Spezialberatung trat zunächst der fortschrittliche Abg. Dr. Fleisch für eine Gleichstellung der Landmesser mit den Juristen in ihrer Eigenschaft als Spezialkommissare ein. Die Annahme einer Resolution der Budgetkommission, vom nächsten Jahre ab die Aufwendungen für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen zu erhöhen, führte zu einer längeren Auseinandersetzung über die Fortbildungsschulen auf dem Lande überhaupt. Dem Zentrum wurden wieder die alten Wünsche auf Einführung des Religionsunterrichts in die ländlichen Fortbildungsschulen geäußert. Der Minister zeigte sich in dieser Frage sehr entgegenkommend zu allgemeiner Freude des Zentrums, das dem Bundesrat wegen seiner vorjährigen Attitude nun nicht mehr so böse sein wird.

Das Kapitel der tierärztlichen Hochschule wurde einer sehr eingehenden Besprechung gewürdigt. Der fortschrittliche Abg. Hoffmann kam hierbei auf die Pferdebezüge zu sprechen und machte darauf aufmerksam, daß die Verordnung vom Jahre 1910 im Regierungsbezirk Gumbinnen lebhaften Widerwillen hervorgerufen habe, da die Besitzer in vielen Beziehungen durch sie geschädigt würden. Der sozialdemokratische Abg. Hoffmann grüßte die Frage der Fleischsteuerung wieder aus, aber die Minister wegen seiner Propagierung der Rammsteintheorie und geriet schließlich in einen lebhaften Widerstreit mit dem Vertreter des Bundes der Landwirte, der auch durch die Worte des Abg. Hoffmann nicht geschwächt wurde. Ein Aufsatzen der Erlösung ging durch das Haus, als man sich schließlich vertagte.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Januar.

Vizepräsident Borck eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Die

zweite Beratung des Landwirtschaftsetats

wird fortgesetzt.

Abg. Wambhoff (natl.): Im Westen der Monarchie sind die Landwirte bodenfähiger als im Osten, wie man beispielsweise in Hannover an der Tradition festhält, daß landwirtschaftliches Gut immer in der besten Familie bleibt. Die innere Kolonisation sollte insbesondere durch Aufteilung der Domänen gefördert werden. Wir sind für die Aufrechterhaltung der Getreidezölle.

Ein inzwischen eingelaufener schleuniger Antrag des Abg. Ueberberg (Fortschr. Vpt.) auf Genehmigung der Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich selbst wurde angenommen.

Abg. Meyer-Holtmannsdorf (Fortschr. Vpt.): Die Bauernfreundlichkeit der Sozialdemokraten kann man nur mit Misstrauen betrachten.

Darauf wurde der Titel „Ministergehalt“ bewilligt, ebenso das Kapitel „Oberlandeskulturgericht“ debattiert.

Beim Kapitel „Generalcommission“ trat

Abg. Fleisch (Fortschr. Vpt.) für die Besserstellung der Vermessungsbeamten und Zeichner ein.

Beim Kapitel „Landwirtschaftliche Lehranstalten“ wurde eine Resolution der Kommission angenommen, in der die Regierung ersucht wird, die Mittel für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen von dem Etatsjahr 1914 ab zu erhöhen.

Eine Petition betr. Regelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Landwirtschaftslehrer wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Abg. Gröber (Fortschr. Vpt.): Bei der Gewährung von Zuschüssen für ländliche Fortbildungsschulen schneidet der Osten besser ab als der Westen. Die Mittel für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen bedürfen einer Erhöhung.

Abg. Korjant (Fortschr. Vpt.): Für die höheren Ausschüsse des Ostens ist der Grund, daß der Osten ärmer ist als der Westen. Dieser werden auch die Fortbildungsschulen als Vermögensermittlungsmittel behandelt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Sie (nach rechts) benutzen die ländlichen Fortbildungsschulen, um ausbeutungsfähige Objekte für die Junker zu schaffen. Der Beweisschwanz in religiöser Beziehung gegen die Fortbildungsschulen ist ganz ungerichtet.

Abg. Matzfelber (Fortschr. Vpt.): Gerade weil der Geist des Unglaubens jetzt so groß ist, darf der Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen nicht fehlen.

Landwirtschaftsminister v. Spreti: Der Westen ist viel eher in der Lage als der Osten, für die ländlichen Fortbildungsschulen etwas zu tun. Daher ist es Pflicht der Regierung, die ärmeren Provinzen in erster Linie zu unterstützen. Die Polenfrage kommt hierbei nicht in erster Linie in Betracht. Jedenfalls wird aber Sorge genommen werden, daß die Schüler nicht in den Ideen der Abg. Korjant und Hoffmann erzogen werden.

Nach weiterer Debatte wird das Kapitel bewilligt.